

Ingeborg Altstaedt

zubleiben. So fehlte beispielsweise eine wesentliche Voraussetzung für die Einführung der SIA-Schule, nämlich die Neufestlegung der Lehrerarbeitszeit.

Die Lehrer forderten eine Senkung ihrer Pflichtstundenzahl. Teamarbeit und die Zusammenarbeit mit Freizeitpädagogen, Vertretern der Jugendbehörden und kultureller Einrichtungen erhöhten den zeitlichen Aufwand für Konferenzen und kollektive Verpflichtungen außerhalb der eigentlichen Unterrichtsvorbereitung. Die Ermäßigung der Lehrerverpflichtung müßte nach Meinung des Schwedischen Lehrerverbandes zu einem erhöhten Bedarf an Klassenlehrern von 10 % führen. Auf diese materiellen Voraussetzungen der SIA-Reform weist der Wortführer des Schwedischen Lehrerverbandes in der Zeitung Svenska Dagbladet vom 25. Nov. 1977 ausdrücklich hin: „Wenn der Schule keine neuen Ressourcen zugeführt werden, so wird keine Neuregelung der Arbeitszeit möglich sein, und die SIA-Reform kann nicht durchgeführt werden.“

Im Gegensatz dazu steht die Auffassung der Schulministerin, die sich in der schwedischen Presse wiederholt gegen den Vorwurf wendet, die Schulreform könnte an den mangelnden finanziellen Ressourcen scheitern:

„Es gibt nichts in dieser SIA-Reform, das unumgänglich neue Zuschüsse von den Kommunen fordert... Die SIA-Schule beinhaltet in erster Linie eine Dezentralisierung der Verantwortung bezogen auf Lehrer, Schüler und kommunale Schulbehörden. Die Dezentralisierung an sich erfordert keine neuen Gelder, sondern lediglich ein klares Regelsystem, das größere lokale Freiheit in der Anwendung der Ressourcen gewährt“ (UNT vom 13. 8. 1977).

Die wiederholten Appelle der Bildungsministerin Britt Mogård, an Lehrer, Schüler und Eltern, die Reformen mit „Fantasie“ und „Begeisterung“ voranzutreiben, werden wohl kaum zu institutionellen Veränderungen führen. Die bisherige Entwicklung der SIA-Schule zeigt deutlich, in welchem Maße die Reformierung der schwedischen grundskola abhängig ist von zusätzlichen finanziellen Mitteln, die der Staat bereitstellen müßte.

Die Knappheit der Staatsmittel in der wirtschaftlichen Rezession Ende der 70er Jahre muß als ein wesentlicher Bedingungsfaktor für die Stagnation der Schulreform mit angesehen werden. Die optimistischen Vorstellungen der Schulministerin, daß gerade die „Begrenzung staatlicher Ressourcen“ dazu führe, diese „fantasievoll und konstruktiv anzuwenden“ (Svenska Dagbladet vom 7. 6. 77), haben sich offensichtlich nicht erfüllt. Statt Optimismus verbreitet sich in der Lehrerschaft eher Resignation. Immer noch gibt es keine Vereinbarungen über eine neue Arbeitszeitregelung. Eine Untersuchung über das neue Staatszuschußsystem belegt, daß alles so „läuft“ wie vorher. Das bedeutet, daß auch der Spezialunterricht ungefähr den gleichen Anteil an den Zuschüssen hat wie vorher. Dennoch ist die Speziallehrerschaft beunruhigt. Die Tendenzen an den SIA-Versuchsschulen, die Schülerzahl in den Unterrichtsgruppen zu senken, verstärken sich. Da zusätzliche Gelder für derartige Veränderungen nicht bereitstehen, lassen sich kleinere Klassen nur auf Kosten des Spezialunterrichts durchführen. Wie das konkret aussieht, beschreibt *Sture Svensson*, der Wortführer des Schwedischen Speziallehrerverbandes:

„Von den Schülern, die ehemals vielleicht in drei Klassen saßen, bildet man heute vier Unterrichtsgruppen. Die Speziallehrer, die früher einigen Kindern aus diesen Klassen Spezialunterricht gegeben haben, müssen jetzt eine der Unterrichtsgruppen übernehmen, egal welche. Wenn das Schicksal es will, gibt es kein einziges Kind in dieser Gruppe, das früher Spezialunterricht bekommen hätte“ (*Ljunghill*, 1979, 11).